

Folgen prüfen! Mittel nicht kürzen!

Förderungen durch die Subventionen für den Agrarbereich der Europäischen Union sollten auf ihre entwicklungspolitischen Folgen hin überprüft werden. Bei den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit darf es keine Kürzungen geben!

Es geht vor allem um leistbare Qualität für alle, statt um Massenproduktion für den Export. Bei der Vergabe von EU-Agrarsubventionen sollte künftig auch auf deren Folgen für die Entwicklungspolitik beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit



Förderung des ökologischen Landbaus statt des Exports

geachtet werden. Das forderte die SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung, die Nationalratsabgeordnete *Petra Bayr*, gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. *„Derzeit überflutet die Europäische Union die Märkte der Entwicklungsländer mit hoch subventionierten und daher billigen Produkten. Dadurch werden örtlich und regional ansässige Produzent/inn/en um ihre Existenzgrundlagen gebracht.“* Als Gegenkonzept zur bisherigen EU-Vergabepaxis nannte *Petra Bayr* die Förderung der biologischen Landwirtschaft in Europa.

Anstatt Massenprodukte für den Export in Entwicklungsländer zu fördern, soll die biologische Landwirtschaft verstärkt unterstützt werden, fordert *Bayr*. *„Durch neue Förderungen können hochqualitative Produkte aus biologischem Anbau für alle leistbar*

gemacht werden.“ Weiters würden durch die biologische Landwirtschaft die Lebensgrundlagen von Landwirt/inn/en in Entwicklungsländern gesichert, da die erdrückende Konkurrenz durch in Europa hergestellte Massenprodukte wegfällt.

Die Agrar-Förderpolitik der EU widerspricht gegenwärtig den Erfordernissen der Entwicklungspolitik. *„Eine drastische Reduzierung der Agrar-Exportförderungen brächte bessere Entwicklungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft des Südens und würde verhindern, dass bestehende Förderungen der EU sich konterkarieren und damit Geld unsinnig vergeben wird“,* meinte *Bayr*.

Die Europäische Union hat für ihre Außenbeziehungen, in der auch die Förderungen für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) enthalten sind, in ihrem Budget für den Zeitraum von 2007 bis 2013 rund 49,5 Milliarden Euro vorgesehen. Das entspricht 5,7 Prozent ihres Gesamtbudgets.

Weiters forderte *Petra Bayr* im Parlament eine Erhöhung der österreichischen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis spätestens 2018. *„Das ist entscheidend für eine glaubhafte und wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit.“* Sie begrüßte den diesbezüglichen Ministerratsbeschluss, forderte jedoch einen konkreten Stufenplan für die Umsetzung bis zum Jahr 2018. Und sie kritisierte scharf die geplanten Kürzungen bei den Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit. *„Auch andere Länder sind von der Wirtschaftskrise betroffen, streichen jedoch nicht bei den Entwicklungsgeldern.“* Im europäischen Vergleich liegt Österreich weiterhin im Schlussfeld.

Angeichts der gespannten Situation in der Westsahara forderte *Bayr* für die UNO-Westsahara-Mission (MINOSUR) ein Mandat zur Menschenrechtsprüfung in den von Marokko besetzten Gebieten. Von Frankreich verlangte sie eine Beendigung der illegalen Erschließung von Ölfeldern vor der Küste der Westsahara durch französische Erdölkonzerne.

Elektronische Presseaussendungen der Sozialistischen Korrespondenz vom 17. und 18. November 2010 (bearbeitet)